

Handbuch Unterhaltsrecht

Ansprüche - Berechnung - Strategien - Verfahren

Bearbeitet von
Dr. Uta Ehinger, Gerhard Griesche, Dr. Ingeborg Rasch

7., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2014. Buch. 1040 S. Gebunden. Lexikonformat

ISBN 978 3 504 47143 9

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilrecht > Familienrecht > Güterrecht, Versorgungsausgleich,
Unterhaltsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Leseprobe zu



Ehinger/Griesche/Rasch

Handbuch Unterhaltsrecht

Ansprüche - Berechnung - Strategien - Verfahren

7., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 2014, 1040 Seiten, gebunden, Handbuch
ISBN 978-3-504-47143-9

79,80 €

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite V
Inhaltsübersicht	VII
Musterverzeichnis	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Literaturverzeichnis	XLIII

	Rz.	Seite
A. Unterhaltsanspruch des minderjährigen Kindes	1	1
I. Einleitung	1	2
II. Anspruchsvoraussetzungen	4	4
1. Bedarf	6	4
a) Bedarf – abgeleitet aus der Lebensstellung der Eltern	7	4
b) Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt	9	5
c) Die Darlegungs- und Beweislast für den Bedarf	12	6
d) Unterhalt für den gesamten Lebensbedarf – § 1610 Abs. 2 BGB	15	7
e) Mindestunterhalt	19	7
f) Bedarf nach der Düsseldorfer Tabelle, Mehrbedarf, Sonderbedarf und Bedarf bei überdurchschnittlichem Einkommen des Verpflichteten	21	9
g) Die vom Mindestunterhalt abgedeckten Bedarfsbereiche	26	10
h) Folgen der Verknüpfung des Mindestunterhalts mit § 32 Abs. 6 EStG	30	12
i) Bedeutung der Mindestunterhaltsbeträge/Regelbeträge für den dynamisierten Kindesunterhalt	33	14
2. Bedürftigkeit	35	14
3. Leistungsfähigkeit der Eltern	39	15
a) Folgen der gesteigerten Unterhaltspflicht nach § 1603 Abs. 2 S. 1 BGB	41	16
b) Zurechnung eines fiktiven Einkommens bei pflichtwidrigem Verhalten	45	18
c) Angemessener und notwendiger Eigenbedarf der Eltern	46	18
d) Wegfall der gesteigerten Unterhaltspflicht, § 1603 Abs. 2 S. 3 BGB	49	19
e) Ersatzhaftung anderer Verwandter – Großeltern	58	22
f) Darlegungs- und Beweislast bei eingeschränkter oder fehlender Leistungsfähigkeit	59	23
4. Beginn und Dauer des Anspruchs	62	24
III. Berechnung des Unterhalts	63	24

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
1. Prüfungsschema mit Erläuterung der Arbeitsschritte	63	24
2. Klärung und Bereinigung der Einkommensverhältnisse . .	68	26
a) Übersicht unterhaltsrechtlich relevanter Einkünfte . . .	70	27
b) Übersicht zwingender und möglicher Abzugsposten . .	73	29
c) Berechnung des bereinigten Durchschnittseinkommens	78	30
aa) Das Durchschnittseinkommen nichtselbständig		
Erwerbstätiger	79	31
bb) Das Durchschnittseinkommen selbständig		
Erwerbstätiger	87	33
d) Zur Vertiefung: Typische Probleme der Zuordnung		
von Einkünften zum unterhaltsrechtlich maß-		
geblichen Einkommen	102	40
aa) Abfindungen und Sonderzuwendungen	102	40
bb) Arbeitslosengeld	107	41
cc) Arbeitslosengeld II – Grundsicherung für		
Arbeitssuchende	110	42
dd) Einkünfte aus Mehrarbeit und überobliga-		
torischer Erwerbstätigkeit	131	49
ee) Einkünfte aus Vermögen und Verwertung des		
Vermögens	138	51
ff) Elterngeld und Betreuungsgeld	144	52
gg) Fiktive Einkünfte	155	55
hh) Hausmann-/Hausfraurechtsprechung	181	64
ii) Kindergeld – Kinderzulagen – Kinderzuschläge		
(§ 6a BKG).	189	67
jj) Renten – Schmerzensgeld	192	68
kk) Sachbezüge – Pkw-Nutzungsvorteile	195	69
ll) Steuererstattungen – Steuernachzahlungen –		
Ehegattensplittingvorteil	198	70
mm) Unterhaltsvorschuss, Sozialgeld, BAföG und		
Ausbildungsbeihilfe	200	71
nn) Wohnwertvorteil durch mietfreies Wohnen	205	72
oo) Zweckbestimmte Entgelte	212	75
e) Zur Vertiefung: Typische Probleme bei der Bereinigung des		
Einkommens um Aufwendungen und Verbindlichkeiten .	214	76
aa) Abzug berufsbedingter Aufwendungen	215	76
bb) Abzug von Betreuungskosten und krankheits-		
bedingtem Mehrbedarf	221	78
cc) Betreuungsbonus und Erwerbstätigenbonus	222	78
dd) Umgangskosten	224	79
ee) Verbindlichkeiten	229	81
ff) Verbindlichkeiten für das Wohnen im eigenen		
Heim und für Vermögensbildung	237	84
gg) Verbindlichkeiten wegen Unterhalt	239	85
hh) Versicherungsbeiträge und zusätzliche Vorsorge-		
aufwendungen	241	86

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
3. Ermittlung des Bedarfs nach Unterhaltstabellen	244	87
a) Einkommensgruppen	245	87
b) Altersstufen	246	87
c) Bedarfskontrollbeträge	248	89
d) Höher- und Herabstufungen bei einer höheren oder niedrigeren Zahl von Unterhaltsberechtigten	252	90
e) Berechnung des dynamisierten Unterhalts	255	90
f) Bedarfsberechnung bei beiderseitiger Barunterhalts- pflicht der Eltern	260	92
g) Bedarfsberechnung bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Betreuung durch beide Eltern (sog. Wechselmodell)	265	94
4. Anwendung der Vortabellen zur Düsseldorfer Tabelle in den neuen Bundesländern und dem Beitrittsteil von Berlin wegen Unterhalts bis zum 31.12.2007	273	98
5. Unanwendbarkeit des Tabellenunterhalts	274	98
6. Anrechnung des Kindergeldes	275	99
a) Kindergeld im Steuerrecht	276	99
b) Auszahlung an den Kindergeldberechtigten	279	100
c) Der Kindergeldausgleich zwischen den Eltern nach § 1612b BGB seit 1.1.2008	285	101
d) Der Kindergeldausgleich nach § 1612b BGB a.F. bis 31.12.2007	289	102
e) Der Kindergeldausgleich beim Wechselmodell	290	103
f) Kinderzulagen und Kinderzuschüsse	291	103
7. Mehrbedarf und Sonderbedarf	294	104
8. Bedürftigkeit des Kindes in Höhe des errechneten Bedarfs	309	110
9. Leistungsfähigkeit des Elternteils	319	113
a) Notwendiger oder sog. kleiner Selbstbehalt	320	114
b) Einschränkung oder Wegfall der Leistungsfähigkeit	332	118
10. Mangelfälle	349	124
11. Mangelfallberechnung	354	125
IV. Wie der Unterhalt geleistet wird	356	127
V. Keine Beschränkung oder Wegfall des Unterhalts nach § 1611 BGB.	360	128
VI. Unterhaltsverträge und Unterhaltsverzicht	361	128
VII. Rangverhältnisse	366	129
VIII. Unterhalt für die Vergangenheit	368	130
IX. Verwirkung von Unterhaltsrückständen nach § 242 BGB	378	132
X. Verjährung	387	136
XI. Verfahrenskostenvorschuss	392	138

	Rz.	Seite
B. Unterhaltsanspruch des volljährigen Kindes	1	141
I. Einleitung	1	142
II. Anspruchsvoraussetzungen	3	143
1. Bedarf	6	144
2. Bedürftigkeit	16	147
3. Leistungsfähigkeit der Eltern	33	153
a) Angemessener und notwendiger Eigenbedarf (Selbstbehalt) nach der DT und den Leitlinien	39	154
b) Anforderungen an die Erwerbstätigkeit der Eltern	42	155
aa) Verlust der Arbeitsstelle	43	155
bb) Ausübung einer Nebentätigkeit	45	156
cc) Fortbildungswünsche des Elternteils	48	157
c) Fiktives Einkommen bei Verstoß gegen die Erwerbsobliegenheit	50	158
aa) Fiktives Einkommen bei Übernahme der Haus- haltsführung in einer neuen Beziehung (sog. Hausmannsrechtsprechung)	52	159
bb) Die Bedeutung der Ausfallhaftung bei fiktivem Einkommen eines Elternteils	57	161
d) Weitere Besonderheiten bei der Zurechnung und Bereinigung des Einkommens der Eltern	59	162
aa) Überstunden und überobligatorische Einkünfte	60	162
bb) Unterhalt als Einkommen eines Elternteils	62	162
cc) Vorabzug von Unterhaltsverbindlichkeiten	63	163
4. Materiellrechtliche Voraussetzungen der Privilegierung volljähriger Schüler im Überblick	66	164
a) Partielle materiellrechtliche Privilegierung volljähriger Schüler	66	164
b) Privilegierung von Schülern einer allgemein- bildenden Schule	67	164
5. Ausbildungsunterhalt	73	167
a) Angemessene Vorbildung zu einem Beruf	74	167
b) Beginn und Ende der Verpflichtung zur Zahlung von Ausbildungsunterhalt	80	168
c) Ausbildungsverzögerungen	86	171
d) Ausbildungswechsel	89	171
e) Finanzierung einer weiteren Ausbildung des Kindes	93	173
f) Weiterbildung	97	174
g) Zweitausbildung	101	175
III. Anspruch auf Unterhalt außerhalb der Ausbildung	104	177
IV. Die Berechnung des Unterhalts	111	179
1. Bedarfsberechnung nach der Unterhaltstabelle	112	179
2. Bedarfsberechnung nach pauschalierten Regelbedarfs- sätzen für Volljährige	114	181

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
3. Bedürftigkeit des Kindes in Höhe des errechneten Bedarfs	117	183
a) Abzug von eigenem Einkommen	118	183
b) Abzug des Kindergelds	119	183
4. Ermittlung der Haftungsanteile der Eltern	126	185
a) Berechnungsbeispiel für Studenten mit eigenem Hausstand	130	186
b) Berechnungsbeispiel für Auszubildenden, der bei einem Elternteil lebt	131	187
c) Berechnungsbeispiel für privilegierte Volljährige	132	187
d) Berechnung der Haftungsquoten für den Unterhalt eines privilegiert volljährigen Kindes bei weiteren gleichrangigen Ansprüchen minderjähriger Kinder	133	188
V. Das Unterhaltsbestimmungsrecht der Eltern nach § 1612 Abs. 2 BGB	135	190
VI. Beschränkung oder Wegfall des Unterhalts nach § 1611 Abs. 1 BGB	142	193
VII. Unterhalt für die Vergangenheit	148	194
VIII. Verjährung	151	195
IX. Verwirkung von Unterhaltsrückständen nach § 242 BGB	152	195
X. Unterhaltsverträge und Unterhaltsverzicht	155	197
XI. Rangverhältnisse	156	197
XII. Verfahrenskostenvorschuss	158	197
C. Unterhaltsansprüche von Eltern gegen ihre Kinder	1	201
I. Einleitung	1	201
II. Anspruchsvoraussetzungen	2	201
1. Bedarf	4	202
2. Bedürftigkeit – berücksichtigungsfähige eigene Einkünfte	5	203
3. Leistungsfähigkeit des unterhaltspflichtigen Kindes – angemessener Eigenbedarf, Familienbedarf, 50 %-Methode	23	208
III. Die Berechnung des Unterhalts	32	210
1. Prüfungsschema für die Berechnung des Elternunterhalts	32	210
2. Bedarf	33	211
3. Bedürftigkeit – Anrechnung eigener Einkünfte	38	212
4. Leistungsfähigkeit des unterhaltspflichtigen Kindes – Klärung seines Einkommens	40	213
5. Zur Vertiefung: Typische Probleme bei der Zurechnung und Bereinigung des Einkommens des unterhaltspflichtigen Kindes	43	213
a) Abzug von Unterhaltsverbindlichkeiten	45	214
b) Abzug von anderen Verbindlichkeiten	54	217
c) Fiktives Einkommen	72	221

	Rz.	Seite
d) Die leistungserhöhende Zurechnung von Familienunterhalt – sog. Schwiegersohnhaftung . . .	73	221
e) Einsatz von Vermögen	81	224
f) Berechnung der Haftungsanteile mehrerer Geschwister	91	227
IV. Probleme beim gesetzlichen Forderungsübergang auf den Sozialhilfeträger	95	229
1. Der Forderungsübergang nach §§ 93, 94 Abs. 1 Satz 1 SGB XII	96	229
2. Folgen des Anspruchsübergangs	106	232
3. Ausschluss des gesetzlichen Forderungsübergangs wegen unbilliger Härte nach § 94 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII .	113	234
V. Beschränkung oder Wegfall des Unterhalts nach § 1611 BGB.	117	235
VI. Rangverhältnisse	119	236
VII. Unterhalt für die Vergangenheit	120	237
VIII. Verwirkung von Unterhaltsrückständen nach § 242 BGB .	124	237
IX. Verjährung	127	238
X. Verfahrenskostenvorschuss	128	238
D. Unterhaltsansprüche zwischen nicht miteinander verheirateten Eltern	1	241
I. Einleitung	1	241
II. Unterhaltsanspruch der Mutter	5	242
1. Die Klärung der Vaterschaft	5	242
2. Die einzelnen Unterhaltstatbestände	6	243
a) Mutterschutzunterhalt (§ 1615l Abs. 1 Satz 1 BGB) . .	8	244
b) Entbindungskosten (§ 1615l Abs. 1 Satz 2 BGB)	12	244
c) Unterhalt wegen schwangerschaftsbedingter Erkrankung (§ 1615l Abs. 2 Satz 1 BGB)	13	245
d) Unterhalt wegen Kindesbetreuung (§ 1615l Abs. 2 Satz 2–5 BGB)	15	245
aa) Unterhalt für die ersten drei Jahre – Basisunterhalt	16	246
bb) Verlängerung des Unterhalts nach Billigkeit . . .	18	246
cc) Befristung des Unterhalts	32	250
dd) Darlegungs- und Beweislast	35	251
3. Die Berechnung des Unterhalts	39	252
a) Bedarf	48	255
b) Bedürftigkeit	65	260
c) Leistungsfähigkeit des Vaters	72	262
aa) Klärung des unterhaltsrelevanten Einkommens .	73	262
bb) Grenzen der Inanspruchnahme	74	262
cc) Einzelheiten zur unterhaltsrechtlichen Bereinigung des Einkommens	77	263

	Rz.	Seite
dd) Leistungsfähigkeit bei mehreren Unterhalts- schuldern	79	264
ee) Darlegungs- und Beweislast	81	264
4. Beschränkung oder Wegfall des Unterhalts nach § 1611 Abs. 1 BGB	83	265
5. Rangverhältnisse und Ersatzhaftung	88	267
a) Rangverhältnisse seit 1.1.2008	88	267
b) Ersatzhaftung	91	267
c) Rangverhältnisse bis zum 31.12.2007	99	269
6. Unterhalt für die Vergangenheit	100	270
7. Verwirkung nach § 242 BGB und Auswirkungen von Tod und Heirat auf den Anspruch	104	271
8. Verjährung	107	271
9. Verfahrenskostenvorschuss	108	271
III. Unterhaltsanspruch des Vaters	109	272
IV. Geltendmachung von Unterhalt bei ungeklärter Vaterschaft	110	272
1. Unterhalt im Wege des einstweiligen Anordnungs- verfahrens bei vermuteter Vaterschaft	111	272
2. Unterhaltsvorausleistungen und der Scheinvaterregress	114	273
3. Rückwirkende Geltendmachung von Unterhalt nach Klärung der Vaterschaft	121	275
E. Unterhaltsanspruch des getrennt lebenden Ehegatten	1	277
I. Grundsätze zur Abgrenzung des Trennungsunterhalts vom Familien- und Nacheheunterhalt	1	278
II. Anspruchsvoraussetzungen	5	279
1. Übersicht	5	279
2. Getrenntleben	8	280
3. Maß des Unterhalts: Der eheangemessene Lebensbedarf	13	281
4. Grundsatz der Halbteilung und Erwerbstätigenbonus	17	282
5. Unterhaltsbedürftigkeit	20	284
6. Leistungsfähigkeit	21	284
7. Zur Erwerbsobliegenheit des bedürftigen Ehegatten nach der Trennung (§ 1361 Abs. 2 BGB)	25	285
8. Beginn und Ende des Trennungsunterhalts	42	290
9. Darlegungs- und Beweislast	48	292
III. Die Berechnung des Unterhalts	49	293
1. Klärung der aktuellen Einkommensverhältnisse	52	294
a) Zu berücksichtigende Einkünfte	53	294
b) Bestimmung des Durchschnittseinkommens	61	296
c) Bereinigung des Einkommens um berufsbedingte Aufwendungen	64	296
d) Arbeitsschema zur Klärung der aktuellen Einkommensverhältnisse	68	298

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
2. Feststellung des bedarfsbestimmenden Einkommens		
nach den prägenden ehelichen Lebensverhältnissen	69	298
a) Bedarfsbestimmendes Einkommen	69	298
b) Behandlung von Verbindlichkeiten	74	301
3. Zur Vertiefung: Typische Probleme bei der Feststellung		
der bedarfsbestimmenden Einkünfte	82	304
a) Arbeitsrechtliche Abfindungen	83	304
b) Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, die auf einer vom		
Normalverlauf abweichenden Entwicklung beruhen		
(Karrieresprung)	85	305
c) Einkünfte aus überobligatorischer Erwerbstätigkeit	90	306
d) Einkünfte aus überobligatorischer Erwerbstätigkeit		
wegen Kindesbetreuung – Abzug eines Betreuungsbonus	95	308
e) Fiktives Einkommen	108	313
f) Fiktive Einkünfte beim Zusammenleben mit einem		
neuen Partner	116	315
g) Überdurchschnittlich hohes Einkommen und		
Begrenzung bei Bagatellunterhalt	119	316
h) Veränderungen der Steuerklasse und begrenztes		
Realsplitting	127	319
i) Wohnvorteil beim Wohnen im eigenen Heim	143	323
j) Abzug von Kreditraten und sonstigen Verbindlichkeiten		
vom Einkommen	149	326
k) Kosten für die Mietwohnung	160	329
l) Trennungsbedingter Mehrbedarf	163	331
m) Unterhaltsleistungen für gemeinschaftliche, nicht		
gemeinschaftliche Kinder und Umgangskosten	164	331
4. Berechnung des Bedarfs des Unterhaltsberechtigten		
(Quotenunterhalt) mit Beispielen	177	335
a) Berechnung mit der Additions- und Differenzmethode	180	336
b) Beispiele zur Berechnung des Bedarfs	184	337
aa) Beispiel Alleinverdienerrehe	187	337
bb) Beispiel Doppelverdienerrehe mit Einkünften aus		
Erwerbstätigkeit	188	338
cc) Beispiel Doppelverdienerrehe mit Einkünften aus		
Erwerbstätigkeit und sonstigen Einkünften	189	338
5. Berechnung des Bedarfs bei konkurrierenden Unterhalts-		
ansprüchen von getrennt lebenden und geschiedenen		
Ehegatten	190	339
a) Beispiel: Der Verpflichtete ist Alleinverdiener	195	340
b) Beispiel: Doppelverdienerrehe und ein früherer		
Ehegatte	196	340
6. Bedürftigkeit des Anspruchstellers	197	341
a) Übersicht zu den bedürftigkeitsmindernden Einkünften	200	342
b) Eheprägende Einkünfte aus Erwerbseinkommen und		
Vermögen	201	342

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
c) Nichtprägende Einkünfte	204	343
aa) Einkünfte aus zumutbarer Erwerbstätigkeit, die nicht dem Normalverlauf entspricht	205	344
bb) Sonstige geldwerte Zuwendungen	206	344
cc) Besonderheiten bei Einkünften aus unzu- mutbarer Erwerbstätigkeit	207	344
7. Leistungsfähigkeit des Anspruchsgegners	210	345
a) Der eheangemessene und der angemessene Eigenbedarf (Untergrenze)	211	345
b) Die Kontrollrechnung und Angemessenheitsprüfung.	220	349
8. Die Mangelfallberechnung	239	352
a) Berechnung im einfachen Mangelfall	244	353
b) Berechnungsmodelle für den absoluten oder echten Mangelfall	247	355
c) Beispiel zur Berechnung des Unterhalts bei Hin- zutreten eines Anspruchs nach § 1615I BGB	253	358
IV. Rangverhältnisse	256	360
V. Ausschluss, Herabsetzung oder zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit nach § 1579 Nr. 2 bis 8 BGB	260	361
VI. Kranken- und Vorsorgeunterhalt	264	362
VII. Unterhaltsverträge	267	363
VIII. Unterhalt für die Vergangenheit	268	363
IX. Verjährung	272	365
X. Verwirkung rückständigen Unterhalts nach § 242 BGB . .	275	365
XI. Verfahrenskostenvorschuss	277	366
F. Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten . . .	1	369
I. Einleitung	1	371
1. Anwendungsbereich	1	371
2. Grundsätze	4	372
II. Anspruchsvoraussetzungen	7	374
1. Grundsatz der Einheitlichkeit des Anspruchs	8	374
2. Bedarfsbemessung und Halbteilung	15	376
3. Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	25	379
4. Die Darlegungs- und Beweislast	26	379
5. Die Erwerbsobliegenheit zur Bestimmung der ehelichen Lebensverhältnisse und Bedürftigkeit	27	380
6. Herabsetzung, Befristung und Ausschluss nach § 1578b BGB und § 1579 BGB	38	383
7. Beginn und Ende des Anspruchs	43	384
8. Herabsetzung und Befristungsmöglichkeiten bis zum 31.12.2007	49	385

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
III. Die Unterhaltstatbestände der §§ 1570–1576 BGB	53	387
1. Unterhalt wegen Betreuung eines Kindes (§ 1570 BGB) . .	53	387
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben der Reform des § 1570 BGB durch das UÄndG	55	387
b) Anspruchsvoraussetzungen und Konkurrenzen	56	388
c) Verlängerung aus kindbezogenen Gründen nach § 1570 Abs. 1 BGB	70	391
aa) Möglichkeiten der Fremdbetreuung	73	392
bb) Belange des Kindes	78	394
d) Verlängerung aus ehe- und elternbezogenen Gründen nach § 1570 Abs. 2 BGB	80	394
aa) Ehe- und elternbezogene Gründe	81	394
bb) Beispiele aus der Rechtsprechung zu den Anfor- derungen an die Erwerbsobliegenheit	88	396
e) Darlegungs- und Beweislast	93	398
f) Befristung, Herabsetzung und Beendigung des Betreuungsunterhaltsanspruchs	100	401
g) Unterhalt wegen Kindesbetreuung nach altem Recht (§ 1570 a.F. BGB)	107	403
2. Unterhalt wegen Alters (§ 1571 BGB)	109	404
a) Anspruchsvoraussetzungen	110	404
b) Einsatzzeitpunkte und Anschlussunterhalt	124	407
c) Herabsetzung und Befristung	129	408
3. Unterhalt wegen Krankheit oder Gebrechen (§ 1572 BGB)	135	410
a) Anspruchsvoraussetzungen	136	410
b) Einsatzzeitpunkt und Anschlussunterhalt	143	412
c) Darlegungs- und Beweislast	147	413
d) Herabsetzung und Befristung	149	414
4. Unterhalt wegen Arbeitslosigkeit nach § 1573 Abs. 1 BGB sowie Ausbildung nach § 1573 Abs. 1 i.V.m. § 1574 Abs. 3 BGB	161	417
a) Anspruchsvoraussetzungen	162	417
b) Pflicht zur Aus-, Fortbildung und Umschulung	172	420
c) Einsatzzeitpunkte	178	421
d) Nachhaltige Sicherung der Erwerbstätigkeit	181	422
e) Konkurrenzen	185	422
f) Darlegungs- und Beweislast	186	423
g) Befristung und Herabsetzung	187	423
5. Aufstockungsunterhalt (§ 1573 Abs. 2 BGB)	188	423
a) Anspruchsvoraussetzungen und Konkurrenzen	189	423
b) Einsatzzeitpunkte	193	425
c) Befristung und Herabsetzung	194	425
6. Unterhalt wegen Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung (§ 1575 BGB)	204	427

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
a) Unterhalt wegen Aufnahme oder Fortsetzung einer Ausbildung (§ 1575 Abs. 1 BGB)	206	428
b) Unterhalt wegen Fortbildung oder Umschulung (§ 1575 Abs. 2 BGB)	217	430
7. Unterhalt aus Billigkeitsgründen (§ 1576 BGB)	221	431
IV. Die Berechnung des Unterhalts	231	433
1. Klärung der aktuellen Einkommensverhältnisse	235	435
2. Klärung der prägenden Einkommensverhältnisse zum Zeitpunkt der Scheidung	244	437
3. Feststellung des bedarfsbestimmenden Einkommens nach dem Maßstab der prägenden ehelichen Lebens- verhältnisse	247	438
4. Zur Vertiefung: Typische Probleme bei der Feststellung des prägenden bedarfsbestimmenden Einkommens	251	440
a) Einkommenserhöhungen und Einkommens- minderungen nach der Scheidung (§ 1578 Abs. 1 BGB) .	251	440
b) Einkommen aus überobligatorischer Erwerbstätigkeit, die neben der Kindesbetreuung ausgeübt wird	265	444
c) Einkommen aus überobligatorischer Erwerbstätigkeit .	271	446
d) Fiktives Einkommen bei Verletzung der Erwerbs- obliegenheit	275	447
e) Fiktives Einkommen bei Aufgabe der Erwerbs- tätigkeit wegen der Betreuung nicht gemeinsamer Kinder (sog. Hausmannsrechtsprechung)	282	448
f) Fiktive Einkünfte beim Zusammenleben mit einem neuen Partner und Synergieeffekt	285	449
g) Überdurchschnittlich hohes Einkommen – konkrete Bedarfsberechnung	295	451
h) Vermögenserträge	297	452
i) Wohnvorteil beim Wohnen im eigenen Heim	300	453
j) Abzug von Kreditraten und sonstigen Verbindlichkeiten	309	456
k) Berücksichtigung von Steuervorteilen	316	459
l) Miete für die Ehemwohnung	327	462
m) Unterhalt für Kinder, Mütter nichtehelicher Kinder und Eltern	328	462
n) Unterhalt für neuen Ehepartner des Verpflichteten . .	339	464
5. Berechnung des Anteils des Anspruchstellers am bedarfsbestimmenden Einkommen (Quotierung) mit Rechenbeispielen	340	464
6. Bedürftigkeit	346	466
a) Beispiele für abzugspflichtiges Einkommen, das nicht die ehelichen Lebensverhältnisse geprägt hat . . .	347	466
b) Anforderungen an die Verwertung von Vermögen	349	467
c) Besonderheiten bei Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	350	468

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
7. Leistungsfähigkeit des Anspruchsgegners	354	469
a) Eigenbedarf (Selbstbehalt) als Kontrollbetrag der Leistungsfähigkeit	356	469
b) Mangelfallberechnung bei vor- und gleichrangigen Unterhaltsansprüchen	364	471
V. Vorsorgeunterhalt für den Fall des Alters, der Erwerbs- und Berufsunfähigkeit (§ 1578 Abs. 3 BGB)	368	472
VI. Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit (§ 1578 Abs. 2 BGB) . .	382	476
VII. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit (§ 1578b BGB)	391	478
1. Rechtspolitisches Ziel des seit 1.1.2008 geltenden § 1578b BGB	396	479
2. Grundsätze der Billigkeitsprüfung	401	480
a) Kriterien für das Vorliegen ehebendingter Nachteile . .	404	481
b) Nachteilsunabhängige Billigkeitskriterien	408	482
c) Weitere Gesichtspunkte der Billigkeitsprüfung	410	482
3. Ehebendingte Nachteile wegen Zeiten der Kindes- betreuung, der Gestaltung von Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit	414	483
4. Die Dauer der Ehe und das Maß nachehelicher Solidarität	424	487
5. Herabsetzung und/oder Befristung des Unterhalts als Rechtsfolgen	426	488
a) Herabsetzung des Unterhalts auf den ange- messenen Lebensbedarf nach § 1578b Abs. 1 BGB . .	427	488
b) Zeitliche Begrenzung des Anspruchs	430	490
6. Darlegungs- und Beweislast	432	491
VIII. Beschränkung und Versagung von Unterhalt wegen grober Unbilligkeit (§ 1579 BGB)	436	493
1. Kurze Ehedauer (Nr. 1)	448	496
2. Verfestigte Lebensgemeinschaft (Nr. 2)	458	498
3. Verbrechen oder schweres vorsätzliches Vergehen (Nr. 3)	467	501
4. Mutwilliges Herbeiführen der Bedürftigkeit (Nr. 4) . . .	477	504
5. Verletzung schwerwiegender Vermögensinteressen (Nr. 5)	482	505
6. Unterhaltspflichtverletzung (Nr. 6)	486	507
7. Offensichtlich schwerwiegendes einseitiges Fehl- verhalten (Nr. 7)	487	507
8. Anderer ebenso schwerwiegender Grund (Nr. 8)	492	509
9. Anwendung von § 1579 BGB a.F. auf Unterhalts- zeiträume bis zum 31.12.2007	502	511
IX. Unterhaltsverträge	503	511
X. Unterhalt für die Vergangenheit	522	516
XI. Verwirkung rückständigen Unterhalts nach § 242 BGB . .	532	518
XII. Verjährung	534	519

	Rz.	Seite
XIII. Rangverhältnisse	535	519
1. Die Regelung der Rangverhältnisse seit 1.1.2008	535	519
2. Die Regelung der Rangverhältnisse bis 31.12.2007	539	520
XIV. Verfahrenskostenvorschuss	540	521
G. Unterhaltsansprüche zwischen Lebenspartnern einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft	1	523
H. Spezialprobleme: Rückgriff beim Bezug von Sozial- leistungen, Rückforderung überzahlten Unterhalts und der familienrechtliche Ausgleichsanspruch	1	525
I. Unterhaltsvorschuss – Rückgriff des Leistungsträgers auf den Unterhaltspflichtigen	1	525
1. Anspruch auf Unterhaltsvorschuss	1	525
a) Anspruchsvoraussetzungen	2	526
b) Höhe und Umfang des Vorschusses	7	528
c) Ausschlussgründe für die Unterhaltsvorschussleistung	11	529
2. Anspruchsübergang und Rückgriff des Leistungsträgers (§ 7 UVG)	14	530
a) Gesetzlicher Anspruchsübergang bei Vorschuss- gewährung	14	530
b) Geltendmachung und Durchsetzung des über- gegangenen Unterhaltsanspruchs	21	532
II. ALG II/Sozialgeld/Sozialhilfe – Rückgriff des Leistungs- trägers auf den Unterhaltspflichtigen	29	534
1. Der Rückgriff nach Gewährung von ALG II und Sozialgeld (§ 33 SGB II)	29	534
a) Voraussetzungen des Rückgriffs des Leistungsträgers nach § 33 SGB II	30	534
b) Verfahrensrechtliche Besonderheiten	46	539
2. Rückgriff nach Gewährung von Sozialhilfe (§ 94 SGB XII)	52	540
a) Leistungsangebot nach dem SGB XII, Forderungs- übergang und Ausschluss des Übergangs	54	541
b) Sozialhilferechtliche Vergleichsberechnung und Prüfung der unterhaltsrechtlichen Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	66	543
c) Ausschluss wegen unbilliger Härte	71	545
d) Verwirkung von Unterhaltsansprüchen nach bürgerlichem Recht	74	546
III. Rückforderung zu viel gezahlten Unterhalts	76	546
1. Freiwillige Unterhaltszahlungen	76	546
2. Überzahlungen während eines laufenden Unterhalts- verfahrens	77	546

	Rz.	Seite
3. Überzahlung bei unrichtig gewordenen Unterhaltstiteln	84	548
4. Sicherung der Rückerstattung von Unterhalt bei nachträglicher Rentenbewilligung	91	551
5. Aufrechnung	94	552
IV. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	97	553
I. Auskunft und Vorlage von Belegen	1	555
I. Überblick	1	555
II. Auskunftsanspruch	2	555
1. Personenkreis der Auskunftsberechtigten und -verpflichteten	2	555
2. Erforderlichkeit der Auskunft	11	557
3. Umfang der Auskunft	16	559
4. Form der Auskunft	29	561
III. Anspruch auf Vorlage von Belegen	34	563
IV. Eidesstattliche Versicherung	42	564
V. Zur Häufigkeit der Auskunftserteilung	47	566
VI. Pflicht zur ungefragten Information	53	567
J. Vorprozessuale Durchsetzung des Unterhalts- anspruchs	1	569
I. Einleitung	1	569
II. Formlose Absprachen zum Unterhalt	2	569
III. Schriftliches Auskunfts- und Unterhaltsbegehren	4	570
1. Auskunftsverlangen	10	573
2. Zahlungsverlangen/Verzug	14	573
3. Aufforderung zur Übergabe einer vollstreckbaren Urkunde	19	574
4. Verwirkung trotz Verzug	24	576
IV. Außergerichtliche Titulierung des Unterhaltsanspruchs	25	576
1. Vollstreckbare Schuldurkunde des Jugendamts	26	576
2. Notarielles Schuldanerkenntnis	28	577
3. Notarieller Unterhaltsvertrag	29	577
4. Anwaltsvergleich	31	579
V. Exkurs: Zu Form und Inhalt von Unterhaltsverträgen	32	579
K. Verfahren in Unterhaltsstreitsachen	1	583
I. Einleitung	1	585
II. Grundzüge	5	586
1. Begriff der Unterhaltsstreitsache	5	586

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
2. Systematik des FamFG in Unterhaltsstreitsachen	7	587
3. Terminologie bei Unterhaltsstreitsachen	15	588
III. Gericht: Organisation und Zuständigkeit	16	588
1. Sachliche Zuständigkeit und Instanzenzug	16	588
2. Örtliche Zuständigkeit	17	588
a) Ausschließlicher Gerichtsstand am Gericht der Ehesache gemäß § 232 Abs. 1 Nr. 1 FamFG	18	588
b) Ausschließlicher Gerichtsstand im Verfahren wegen des Unterhalts für ein Kind gemäß § 232 Abs. 1 Nr. 2 FamFG	20	589
c) Vorrang der ausschließlichen Gerichtsstände nach § 232 Abs. 1 FamFG	23	589
d) Weitere Gerichtsstände	25	590
3. Verweisung, Abgabe, Zuständigkeitskonflikte	31	591
IV. Beteiligte	34	592
1. Bezeichnung der Beteiligten	35	592
2. Beteiligung des minderjährigen Kindes	37	593
a) Alleinvertretungsbefugnis eines Elternteils	39	594
b) Verfahrensstandschaft eines Elternteils	41	595
c) Begriff der Obhut	45	596
d) Beistandschaft des Jugendamts	51	597
e) Ergänzungspflegschaft	56	598
f) Eintritt der Volljährigkeit	59	599
3. Anwaltszwang für die Beteiligten	60	599
V. Kosten	65	601
1. Übersicht	65	601
2. Kostenfaktor Verfahrenswert	67	601
a) Wert des Zahlungsantrags	68	601
b) Wert des Unterhaltsabänderungsverfahrens	78	604
c) Wert des negativen Feststellungsantrags	79	604
d) Wert eines Antrags auf Unterhaltsbefristung	81	605
e) Wert des Auskunftsantrags	82	605
f) Wert des Stufenantrags	84	605
g) Wert eines Unterhaltsverzichts	88	607
h) Wert eines Vollstreckungsabwehrantrags	89	607
i) Wert eines Antrags auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Unterhaltstitels	90	607
3. Höhe der Kosten	91	607
4. Kostenentscheidung in Unterhaltsstreitverfahren	97	609
a) Kostenentscheidung in isolierten Unterhaltsverfahren	98	609
aa) Obsiegen und Unterliegen (§ 243 Satz 2 Nr. 1 FamFG)	102	610
bb) Versäumnisse bei der Auskunft (§ 243 Satz 2 Nr. 2 und Nr. 3 FamFG)	107	612

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
cc) Sofortiges Anerkenntnis (§ 243 Satz 2 Nr. 4 FamFG)	108	612
dd) Weitere Gesichtspunkte	109	612
b) Kostenentscheidung bei der einstweiligen Anordnung	111	613
c) Kostenentscheidung im Scheidungsverbund	112	613
5. Kostenerstattung	113	614
VI. Verfahrenskostenhilfe	116	614
1. Bewilligungsverfahren	117	615
2. Voraussetzungen für die Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe	134	618
a) Bedürftigkeit des Antragstellers	134	618
b) Hinreichende Erfolgsaussicht der Rechtsverfolgung	152	627
c) Fehlender Mutwillen	159	630
3. Beordnung eines Verfahrensbevollmächtigten	163	631
4. Wirkung der Verfahrenskostenhilfe	166	632
5. Änderung der Bewilligung	169	633
6. Aufhebung der Bewilligung	174	634
VII. Verfahrenskostenvorschuss	178	635
VIII. Besondere Verfahrensvorschriften im Unterhaltsstreitverfahren	187	639
1. Zum Termin	188	640
a) Grundsatz der Nichtöffentlichkeit, § 170 GVG	188	640
b) Kein Zwang zur mündlichen Verhandlung im Beschwerdeverfahren	189	640
c) Kein Anspruch auf Terminsverlegung, § 113 Abs. 3 FamFG	190	641
2. Entscheidungsgrundlagen	191	641
a) Zurückweisung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln	191	641
b) Übertragung von Verfahrensergebnissen	192	641
3. Auskunftspflicht der Beteiligten und Dritter gegenüber dem Gericht	193	642
a) Auskunftspflicht der Beteiligten (§ 235 FamFG)	195	643
aa) Umfang der Auskunftspflicht	195	643
bb) Schriftliche Versicherung der Richtigkeit	196	643
cc) Pflicht zur ungefragten Information	198	644
dd) Durchsetzung des Auskunftsverlangens	199	644
ee) Pflicht des Gerichts zur Auskunftbeschaffung	200	644
ff) Verhältnis zum Auskunfts- und Stufenverfahren	201	645
b) Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht Dritter (§ 236 FamFG)	205	646
IX. Unterhalt im Scheidungsverbund (Unterhaltsfolgesache)	213	647
X. Entscheidung durch Beschluss	237	652
1. Allgemeines	238	653

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
2. Beschluss als Endentscheidung	239	653
3. Form, Inhalt und Erlass des Beschlusses	242	653
4. Kostenentscheidung	252	657
5. Wirksamkeit und Vollstreckbarkeit des Unterhalts- beschlusses	253	657
a) Anordnung der sofortigen Wirksamkeit	255	657
b) Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung . .	261	659
6. Rechtsmittelbelehrung	264	659
XI. Anträge im Verfahren auf Zahlung von Unterhalt	267	661
1. Grundfall	267	661
2. Mehrere Antragsteller (subjektive Antragshäufung) . . .	277	664
3. Antrag auf Zahlung von dynamisiertem Kindesunterhalt	279	665
4. Teil-, Zusatz- oder Nachforderung	294	668
XII. Anträge im Auskunftsverfahren	304	670
XIII. Anträge im Stufenverfahren	317	674
XIV. Abänderungsverfahren	327	676
1. Abänderung gerichtlicher Entscheidungen (§ 238 FamFG)	330	677
a) Zulässigkeit des Abänderungsantrags	334	678
aa) Anwendungsbereich der Norm	334	678
bb) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	341	680
b) Begründetheit des Abänderungsantrags	343	681
aa) Wesentliche Veränderung der unterhalts- relevanten Verhältnisse	344	681
bb) Nachträgliche Änderung, Präklusion	351	683
cc) Unterhaltsanpassung	357	684
c) Zeitschranke	359	684
2. Abänderung von Vergleichen und Urkunden (§ 239 FamFG)	363	685
a) Zulässigkeit des Abänderungsverfahrens	364	686
aa) Anwendungsbereich und Abgrenzung	364	686
bb) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	368	687
b) Begründetheit des Abänderungsantrags	369	687
aa) Abänderung von Vereinbarungen	370	687
bb) Abänderung von einseitigen Verpflichtungs- erklärungen	376	688
c) Keine Zeitschranke	379	689
3. Verschärfte Haftung	380	689
4. Einstellung der Zwangsvollstreckung	385	691
XV. Vollstreckungsabwehrverfahren und negativer Feststellungsantrag	387	691
1. Vollstreckungsabwehrverfahren nach § 767 ZPO	388	692
2. Negativer Feststellungsantrag nach § 256 ZPO	397	694
XVI. Einstweiliger Rechtsschutz	402	696

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
1. Grundsätzliches	402	696
2. Zuständiges Gericht	405	697
3. Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 246 FamFG zur Zahlung von Unterhalt	410	697
a) Abgrenzung zu § 49 FamFG	410	697
b) Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Zahlung von Unterhalt	412	698
4. Ablauf des Verfahrens	432	701
5. Entscheidung durch Beschluss	435	702
6. Vollstreckbarkeit	445	704
7. Aufhebung oder Änderung der Entscheidung nach § 54 FamFG	447	705
8. Geltungsdauer der einstweiligen Anordnung (§ 56 FamFG).	462	708
9. Verfahrenskostenhilfe	476	712
10. Kostenentscheidung	479	712
11. Anderweitiger Rechtsschutz gegenüber der einstweiligen Anordnung im ordentlichen Verfahren	485	714
12. Rückforderung überzahlten Unterhalts im Fall der einstweiligen Anordnung	492	715
13. Sondertatbestände der einstweiligen Anordnung	497	717
14. Das Arrestverfahren	498	717
XVII. Verfahrensrechtliche Besonderheiten beim Unterhaltsanspruch des nichtehelichen Kindes und seiner Mutter	506	718
1. Verfahren auf Vaterschaftsfeststellung in Verbindung mit dem Antrag auf Zahlung von Mindestunterhalt gemäß § 237 FamFG	509	719
2. Einstweilige Anordnung nach § 248 FamFG	517	723
3. Einstweilige Anordnung nach § 247 FamFG	522	723
XVIII. Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger	525	724
1. Vereinfachtes Verfahren zur Festsetzung des Unterhalts minderjähriger Kinder	529	725
a) Statthaftigkeit des vereinfachten Verfahrens	530	725
b) Form und Inhalt des Antrags	535	726
c) Einwendungen des Antragsgegners	555	731
d) Festsetzungsbeschluss oder Übergang in das streitige Verfahren	571	736
e) Korrekturmöglichkeiten: Beschwerde nach § 256 FamFG und Abänderungsverfahren nach § 240 FamFG	575	737
aa) Beschwerde (§ 256 FamFG)	575	737
bb) Abänderungsverfahren (§ 240 FamFG)	576	737

	Rz.	Seite
L. Rechtsmittel in Unterhaltsstreitsachen	1	739
I. Einleitung	1	740
II. Überblick über die in Betracht kommenden Rechtsbehelfe . .	2	740
1. Beschwerde	2	740
2. Sofortige Beschwerde	5	740
3. Anschlussbeschwerde	9	741
4. Rechtsbeschwerde	10	741
5. Sonstige Rechtsbehelfe	12	741
III. Beschwerdeverfahren	13	742
1. Zulässigkeit der Beschwerde	13	742
a) Statthaftigkeit der Beschwerde	13	742
b) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	24	744
2. Beschwerdeberechtigung	33	747
3. Einlegung der Beschwerde	37	748
a) Form der Einlegung der Beschwerde	37	748
b) Beschwerdefrist	43	749
c) Ort der Einlegung der Beschwerde	49	751
d) Empfangsmöglichkeiten	57	753
e) Inhalt der Beschwerdeschrift	59	754
f) Beschwerde und Antrag auf Verfahrenskostenhilfe . . .	60	755
4. Beschwerdebegründung	67	757
a) Einreichung der Beschwerdebegründung – Formalien . .	67	757
b) Begründungsfrist	74	759
c) Empfänger der Beschwerdebegründung	86	762
d) Anforderungen an den Inhalt der Beschwerde- begründung	87	762
5. Zurückweisung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln .	89	762
6. Anschlussbeschwerde	91	764
a) Allgemeines	91	764
b) Einlegung der Anschlussbeschwerde	98	765
c) Form und Inhalt der Anschlussbeschwerdeschrift . . .	100	766
d) Auswirkungen der Einführung der Vorschrift des § 137 Abs. 2 Nr. 2 FamFG auf die Beschwerdeinstanz . .	103	767
aa) Bestimmung des Zeitpunkts der mündlichen Verhandlung	106	767
bb) Feststellung der Zeit für die Einreichung einer Folgesache	107	767
e) Anschlussbeschwerdefrist	117	770
f) Besonderheiten aufgrund einer im Verbund ergangenen Endentscheidung	118	770
7. Rechtsmittelverzicht, Rücknahme und Erweiterung der Beschwerde	122	771
8. Gang des Beschwerdeverfahrens	135	773

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
9. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	153	778
a) Auswirkungen des FamFG auf das Wiedereinsetzungs- verfahren	153	778
b) Zweck der Vorschriften der §§ 233 bis 238 ZPO	154	778
c) Sachlicher Geltungsbereich der §§ 233 ff. ZPO	157	779
d) Zulässigkeitsvoraussetzungen des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	158	779
aa) Die Fristversäumung	159	779
bb) Antragstellung	162	780
cc) Wiedereinsetzungsfrist	165	781
e) Angabe und Glaubhaftmachung der die Wiedereinsetzung begründenden Tatsachen	183	785
f) Nachholung der versäumten Verfahrenshandlung nach § 236 ZPO	186	786
g) Begründetheit des Wiedereinsetzungsantrages	188	787
aa) Fehlendes Verschulden an der Fristversäumung	188	787
bb) Entscheidung über das Wiedereinsetzungsgesuch	193	789
10. Entscheidung des Beschwerdegerichts	195	790
a) Grundsätzliches	195	790
b) Ausnahme von einer eigenen Sachentscheidung des Beschwerdegerichts	198	790
c) Form und Inhalt des Beschlusses	202	791
d) Erlass der Endentscheidung	205	792
e) Wirksamwerden der Entscheidung	216	795
f) Rechtsbehelfsbelehrung	219	796
g) Beschwerde gegen Teilentscheidungen des Familiengerichts	220	796
11. Anhörungsrüge	224	797
IV. Rechtsbeschwerde	229	798
1. Zulassung der Rechtsbeschwerde als Voraussetzung der Statthaftigkeit	229	798
2. Voraussetzungen der Zulassung	230	799
3. Form der Rechtsbeschwerde	232	799
4. Beschwerdefrist	233	799
5. Inhalt der Begründung der Rechtsbeschwerde	235	800
6. Entscheidung über die Rechtsbeschwerde	237	800
V. Sofortige Beschwerde	240	801
1. Grundsätzliches	240	801
2. Sofortige Beschwerde in Unterhaltsverfahren	241	801
a) Sofortige Beschwerde gegen die Versagung von Verfahrenskostenhilfe	246	802
b) Weitere Fälle der sofortigen Beschwerde in Unterhaltssachen	263	805
c) Rechtsmittel gegen isolierte Kostenentscheidungen	265	806

	Rz.	Seite
M. Zwangsvollstreckung in Unterhaltsstreitsachen	1	809
I. Auswirkungen des FamFG auf das Zwangsvollstreckungs- verfahren	1	811
1. Einleitung	1	811
2. Vollstreckungsschutz bei Endentscheidungen nach § 120 Abs. 2 FamFG	3	812
a) Systematik	3	812
b) Vollstreckungsschutzantrag nach § 120 Abs. 2 S. 2 FamFG	6	812
c) Nicht zu ersetzender Nachteil	12	813
d) Vollstreckungsschutzmaßnahmen	14	814
e) Anwaltszwang	16	814
3. Vollstreckungsrechtliche Auswirkungen abändernder oder aufhebender Beschlüsse (§ 120 Abs. 1 FamFG, §§ 775 und 717 Abs. 3 ZPO)	18	815
4. Vollstreckungsrechtsbehelfe	21	816
5. Rechtsbehelfsbelehrung	22	816
6. Terminologie in der Zwangsvollstreckung	25	816
II. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen der Zwangsvoll- streckung	29	817
1. Arten der Zwangsvollstreckung	29	817
2. Vollstreckungsorgane	30	818
a) Gerichtsvollzieher	31	818
b) Vollstreckungsgericht	35	819
c) Verfahrensgericht	37	820
3. Antrag auf Einleitung der Zwangsvollstreckung	38	820
a) Voraussetzung: Titel, Zustellung, Klausel	39	820
b) Anwaltszwang als Ausnahme	40	820
4. Die Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe	41	821
III. Der Vollstreckungstitel als Grundlage der Zwangsvoll- streckung	42	821
1. Übersicht der Vollstreckungstitel	42	821
2. Genaue Bezeichnung der Parteien des Vollstreckungs- verfahrens	44	822
3. Bestimmtheit des Tenors des Titels	45	822
a) Grundsätze	45	822
b) Auslegung des Titels	46	822
c) Beispiele zu den Anforderungen an die Bestimmtheit der Tenorierung im Vollstreckungstitel	49	823
aa) Zahlungstitel	49	823
bb) Dynamische Unterhaltstitel	62	825
cc) Titel auf Vornahme von Handlungen	65	826
dd) Vorlage von Belegen	72	827
ee) Beschlüsse nach § 235 FamFG	74	828

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
ff) Bestimmtheit der Leistungspflicht bei mehreren Schuldnern bzw. Gläubigern	76	828
IV. Die Vollstreckungsklausel	79	829
1. Grundsätzliches	79	829
2. Verfahren	85	830
3. Einfache Vollstreckungsklausel	99	833
4. Qualifizierte Vollstreckungsklausel	102	834
a) Titelergänzende Klausel	104	834
b) Titelübertragende Klausel	108	835
aa) Voraussetzungen der Erteilung der Klausel	110	835
bb) Titelübertragende Klauseln bei gesetzlichem Forderungsübergang (§ 94 SGB XII, § 33 SGB II, § 7 UVG, § 7 BAföG)	115	836
5. Antrag auf Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung (§ 733 ZPO)	122	838
6. Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen über die Erteilung der Vollstreckungsklausel	123	839
V. Die Zustellung des Vollstreckungstitels	125	839
VI. Weitere Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	127	840
1. Eintritt eines Kalendertages	127	840
2. Fristen für den Beginn der Vollstreckung	130	840
VII. Die Vollstreckungsmöglichkeiten bei einem Titel auf Zahlung von Unterhalt	132	840
1. Kriterien für die Auswahl der Vollstreckungsart	132	840
2. Die Mobiliarvollstreckung (Verfahren, Durchführung)	140	842
3. Die Immobilienvollstreckung (Verfahren, Durchführung)	148	844
4. Die Pfändung und Überweisung von Forderungen	157	846
5. Sicherung der Zwangsvollstreckung durch Vorpfändung	172	849
a) Zweck der Vorpfändung	172	849
b) Voraussetzungen der Vorpfändung	174	850
c) Durchführung der Vorpfändung	175	850
d) Wirkungen der Vorpfändung	177	850
e) Rechtsbehelfe	180	851
6. Sicherung der Zwangsvollstreckung durch Eintragung einer Sicherungshypothek	183	853
VIII. Pfändungsschutz bei der Pfändung von Arbeitseinkommen (Begriff des Arbeitseinkommens)	188	855
1. Pfändung von Arbeitseinkommen	188	855
a) Grundsätzliches	188	855
b) Begriff des Arbeitseinkommens (§ 850 ZPO)	192	856
2. Pfändungsschutz bei Vollstreckung in Arbeitseinkommen	196	857
a) Grundsätzliches	196	857
b) Der Kreis der privilegierten Unterhaltsgläubiger	198	857

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
aa) Grundsätzliches	198	857
bb) Rangfolge der Unterhaltsberechtigten (§ 850d Abs. 2 ZPO)	201	857
cc) Zugehörigkeit zum unpfändbaren Einkommen . .	206	859
c) Notwendiger Unterhaltsbedarf im Sinne von § 850d Abs. 1 Satz 2 ZPO	212	860
d) Zu berücksichtigende Unterhaltspflichten	220	862
e) Begrenzung des Freibetrages des Schuldners	231	864
f) Die Vorratspfändung (§ 850d Abs. 3 ZPO)	238	866
g) Pfändungsschutz für Kontoguthaben	240	867
aa) Einleitung	240	867
bb) Zweck der Einführung eines Pfändungsschutz- kontos	244	868
cc) Aufstockung des Basispfändungsschutzes	245	868
dd) Begründung des Pfändungsschutzkontos	246	869
ee) Das Problem des „Monatskontos“	255	871
ff) Festsetzung des pfändungsfreien Betrages	261	872
gg) Pfändung durch mehrere Gläubiger	271	874
hh) Anwendung der Vorschrift des § 765a ZPO	272	875
ii) Gebühren für Errichten und Führung eines P-Kontos	274	875
jj) Zusammenstellung der Tätigkeit des Voll- streckungsgerichts im Fall des § 850k ZPO	277a	877
kk) Unpfändbarkeit von Kontoguthaben auf dem Pfändungsschutzkonto (§ 850l ZPO)	278	878
h) Änderungen des unpfändbaren Betrags (§ 850f ZPO) . .	285	879
i) Pfändungsschutz bei sonstigen Vergütungen (§ 850i ZPO)	294	881
aa) Grundsätzliches	294	881
bb) Abgrenzung zum Arbeitseinkommen	296	881
j) Pfändung verschleierten Arbeitseinkommens (§ 850h ZPO)	299	882
k) Pfändung von Sozialleistungen	308	884
l) Berechnung des pfändbaren Einkommens (§ 850e ZPO)	315	885
IX. Pfändung der Altersvorsorge von Freiberuflern und Selbständigen	317	886
X. Rechtsbehelfe gegen den Pfändungs- und Überweisungs- beschluss	320	886
XI. Änderung der Unpfändbarkeitsvoraussetzungen (§ 850g ZPO)	323	887
1. Grundsätzliches	323	887
2. Voraussetzungen der Änderung	324	888
3. Gang des Verfahrens	326	888
XII. Die Zwangsvollstreckung aus einem Titel auf Auskunft und/oder auf Vorlage von Belegen	332	889

	Rz.	Seite
1. Grundsätzliches	332	889
2. Das Zwangsgeldverfahren nach § 888 ZPO	333	890
3. Das Verfahren nach Überweisungsbeschluss (§ 883 ZPO)	341	892
4. Das Verfahren auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung (§ 889 ZPO)	343	892
N. Unterhaltsansprüche mit Auslandsberührung	1	893
I. Internationale Zuständigkeit	1	894
1. Allgemeines	1	894
2. Rechtsquellen	3	894
3. Das Recht der Europäischen Gemeinschaft – die EuUnthVO	4	895
a) Anwendungsbereich	4	895
b) Allgemeine Gerichtsstände (Art. 3 EuUnthVO)	8	896
aa) Gerichtsstand am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Antragsgegners (Art. 3 lit. a EuUnthVO)	9	896
bb) Gerichtsstand am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Unterhaltsberechtigten (Art. 3 lit b)	13	897
cc) Annexzuständigkeit bei Anhängigkeit einer Staussache (Art. 3 lit c)	21	899
dd) Annexzuständigkeit bei Anhängigkeit eines Verfahrens zur elterlichen Verantwortung (Art. 3 lit d)	23	901
c) Besondere Gerichtsstände	24	901
aa) Zuständigkeit aufgrund Gerichtsstandsverein- barung	24	901
bb) Zuständigkeit aufgrund rügeloser Einlassung	25	901
cc) Auffang- und Notzuständigkeit	27	902
d) Verfahrensbegrenzung zum Schutz des Unterhalts- berechtigten (Art. 8 EuUnthVO)	28	902
e) Rechtshängigkeit im Ausland	30	902
4. Internationale Übereinkommen	35	904
5. Autonomes deutsches Recht (nur im einstweiligen Rechtsschutz)	39	905
II. Anwendbares Recht	43	906
1. Rechtsquellen	43	906
2. Das Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 23. November 2007 (HUP)	45	907
a) Anwendungsbereich	45	907
b) Grundzüge	48	908
aa) Regelanknüpfung und Ausnahmen beim Unterhaltsstatut	48	908
bb) Rechtswahl	50	909
cc) Wirkungen des Unterhaltsstatuts	52	909

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
c) Insbesondere: Anwendbares Recht beim Kindes- und Elternunterhalt sowie beim Unterhalt gegenüber Personen unter 21 Jahren	54	910
d) Insbesondere: Anwendbares Recht beim Trennungs- und Geschiedenenunterhalt	64	912
3. Völkerrechtliche Vereinbarungen	69	913
a) Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 2.10.1973 (HUÜ 73)	69	913
b) Weitere völkerrechtliche (multi- oder bilaterale) Abkommen mit kollisionsrechtlichen Regelungen	72	914
III. Unterhaltsbemessung	73	915
1. Allgemeines	73	915
2. Berechnungshilfen für die Bemessung des Unterhaltsbedarfs und der Leistungsfähigkeit bei voneinander abweichenden Lebensverhältnissen	76	915
a) Ländergruppeneinteilung	77	916
b) Statistische Tabellen zum Preisniveau	80	917
c) Teuerungsziffern	85	918
IV. Ausländische Unterhaltstitel	86	919
1. Anerkennung und Vollstreckbarkeit ausländischer Unterhaltstitel	86	919
a) Rechtsquellen	86	919
b) Anerkennung und Vollstreckbarkeit nach der EuUnthVO	90	920
aa) Verfahren ohne Exequatur	91	920
bb) Verfahren mit Exequatur	97	922
c) Anerkennung und Vollstreckbarkeit ausländischer Unterhaltsentscheidungen nach §§ 108 bis 110 FamFG	103	925
2. Vollstreckung ausländischer Unterhaltstitel	109	927
3. Abänderung ausländischer Unterhaltsentscheidungen in Deutschland	111	927
4. Zugang zum Recht (Zentrale Behörden und Verfahrenskostenhilfe, weitere Kontaktstellen und Informationsmöglichkeiten)	116	928
a) Zentrale Behörden	116	928
b) Kosten und Verfahrenskostenhilfe	118	929
c) Weitere Kontaktstellen und Informationsmöglichkeiten	119	930
O. Übergangsvorschriften	1	933
I. Artikel 111 FGG-Reformgesetz	1	933
1. Grundregel	1	934
a) Einstweilige Anordnungen	3	934
b) Prozesskostenhilfeanträge	4	935

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
2. Stichtag für Scheidungs- und Folgesachen am 1.9.2010 . . .	4a	935
II. Übergangsregelungen zum Unterhaltsänderungsgesetz in § 36 EGZPO	4b	935
1. Grundzüge	5	936
2. Abänderung titulierter Unterhaltsansprüche (§ 36 Nr. 1 und Nr. 2 EGZPO)	9	937
a) Erheblichkeit der Gesetzesänderung für die Unterhaltsregelung	12	938
b) Wesentliche Änderung der Unterhaltsverpflichtung . .	16	939
c) Zumutbarkeit der Abänderung.	17	939
3. Anpassung dynamischer Kindesunterhaltstitel (§ 36 Nr. 3 EGZPO)	23	941
a) § 36 Nr. 3 Satz 4 Buchst. a EGZPO	25	941
b) § 36 Nr. 3 Satz 4 Buchst. b EGZPO	28	943
c) § 36 Nr. 3 Satz 4 Buchst. c EGZPO	30	943
d) § 36 Nr. 3 Satz 4 Buchst. d EGZPO	31	943
4. Festgeschriebene Untergrenze des Mindestunterhalts (§ 36 Nr. 4 EGZPO)	33	944
 P. Anhänge		945
I. Düsseldorfer Tabelle (Stand: 1.1.2013)		945
II. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunter- halts (Stand: 1.1.2014)		953
III. Link zu den Leitlinien und zu weiteren Materialien		955
 Sachregister		957